



DIE WELT, 19.04.2022, Nr. 75, S. 9 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

Handwerkermangel mit schweren Folgen

Die Ampelkoalition muss Deutschland im Schnellgang modernisieren. Doch für die ambitionierten Vorschläge braucht es viel mehr Personal. Und schon jetzt ist die Fachkräftelücke dramatisch

Dorothea Siems

Unter der Überschrift "Mehr Aufbruch wagen" hat sich die Ampelkoalition etliche Großprojekte vorgenommen. Angesichts der weitreichenden Folgen des russischen Angriffskrieges soll das Tempo der Erneuerung sogar noch beschleunigt werden. Das gilt besonders für die Klima- und Energiewende, die mit einer Verdreifachung der Energie- und **Solarstromerzeugung** und einer forcierten energetischen Gebäudesanierung vorangetrieben wird. 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, die Modernisierung der teils maroden Infrastruktur sowie die Digitalisierung stehen ebenfalls auf der Agenda.

Die von der Bundesregierung versprochene Modernisierungsoffensive bedeute "Bauaufgaben ohne Ende", stellt Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Baugewerbes (ZDB), fest. Doch er warnt vor einer harten Landung in der Realität: "Ohne ausreichend vorhandene Fachkräfte ist die Umsetzung der ambitionierten Pläne gar nicht zu machen." Zumal der Fachkräftemangel die Bauwirtschaft schon jetzt massiv belastet: Für 71 Prozent der Betriebe sind laut einer Verbandsumfrage fehlende Fachkräfte ein Baubehinderungsgrund. Kein anderes Problem bereitet der Branche so große Sorgen. Zwar baut die Bauwirtschaft seit Jahren Beschäftigung auf. Seit 2010 stieg die Zahl der Arbeitskräfte am Bau von 716.000 auf rund 930.000 an. Die Zahl der Auszubildenden nahm von 30.000 (2014) auf 42.500 (2021) zu. Doch trotz dieser positiven Entwicklung - die selbst in den beiden Corona-Jahren anhielt - wächst der Personalmangel am Bau.

Wie Daten des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigen, existiert dieses Problem in der Baubranche auf allen Qualifikationsstufen. Es fehlen Akademiker wie etwa Bauingenieure, Architekten oder Stadtplaner. Das Gleiche gilt für Spezialisten, die einen Meisterabschluss oder Bachelor haben. Am größten aber ist die Lücke bei den Facharbeitern, die ein zwei- oder dreijährige Berufsausbildung absolviert haben. Bei den Bauelektrikern übersteigt die Zahl der nicht besetzten Stellen die Anzahl der bundesweit gemeldeten Arbeitslosen um fast 15.000. Fast ebenso sehr und oftmals vergeblich werden Sanitär-, Heizungs- und Klimatechniker gesucht.

"Bei rund 100 Berufen übersteigt die Anzahl offener Stellen die Zahl der bundesweit gemeldeten Arbeitslosen", sagte IW-Forscher Hans-Peter Klös kürzlich auf einer digitalen Tagung der Branche zum Fachkräftemangel. "Das ist ein geräumter Arbeitsmarkt. Mit dem heimischen Potenzial lässt sich der Personalbedarf nicht mehr decken", unterstrich der Ökonom. In der Baubranche herrsche inzwischen nach der Pflege bundesweit der zweitgrößte Fachkräftemangel. Denn schon seit einigen Jahren gehen mehr Baubeschäftigte in den Ruhestand, als Berufsstarter nachrückten. Die Branche beklagt, dass immer mehr Lehrstellen trotz relativ hoher Ausbildungsvergütung und exzellenter Berufsaussichten heutzutage unbesetzt blieben. Damit drohen sich die Personalprobleme in den kommenden Jahren dramatisch zu verschärfen. Denn der demografische Wandel wird sich in den nächsten Jahren stark beschleunigen, während gleichzeitig die Nachfrage nach Bauleistung kräftig zunehmen wird.

Allein die Umsetzung der von der Ampel-Koalition ausgerufenen neuen Klima- und Wohnungspolitik führt nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zu 400.000 zusätzliche Stellen. Dabei entfällt rund die Hälfte auf das Baugewerbe inklusive Architektur- und Ingenieurbüros und technischer Untersuchung. Die Bereiche Bau, Handwerk und Energietechnik seien bereits heute von Engpässen geprägt, unterstreichen die IAB-Experten: "Eine Deckung des Arbeitskräftebedarfs ist daher für die Zielerreichung zentral." Zu Recht habe die Bundesregierung den Fachkräftemangel als eines der größten Hindernisse für künftiges Wirtschaftswachstum benannt.

Gerade in der Baubranche würden die Pläne der Regierung mittelfristig die ohnehin zu erwartenden Personalengpässe weiter verschärfen, warnen die IAB-Arbeitsmarktexperten. Eine Stärkung der dualen Berufsausbildung sei dringend geboten, um das Arbeitskräfteangebot im Handwerk zu erhöhen. Auch Zuwanderung, Weiterbildung und bessere Möglichkeiten zum beruflichen Quereinstieg seien wichtige Instrumente im Kampf gegen den Fachkräftemangel, heißt es in der Studie. IW-Ökonom Klös betont, dass eine enorme Kraftanstrengung von Politik und Wirtschaft jetzt dringend nötig sei, wenn das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden soll. Schlüsselt man den berechneten Personalbedarf auf, so entfällt das Gros der zusätzlichen Bauarbeitskräfte mit 68 Prozent auf den mittleren Qualifikationsbereich, der über die duale Berufsausbildung oder eine vergleichbare im Ausland erworbene Qualifizierung erreicht wird. Bei acht Prozent handelt es sich um Spezialisten, also Fachkräfte mit Meister- oder Bachelorabschluss, und bei vier Prozent um Akademiker mit einschlägigem Know-how. Doch gebraucht wird laut Klös keineswegs nur gut qualifiziertes Personal. Denn immerhin bei jedem fünften zusätzlichen Job handele es sich um eine Helfertätigkeit. "Wir brauchen auch Helfer und müssen überlegen, wie wir diese Lücke mit Migration schließen können", fordert der IW-Forscher. Dass die Ampel-Koalition das Fachkräftezuwanderungsgesetz in diesem Sinne

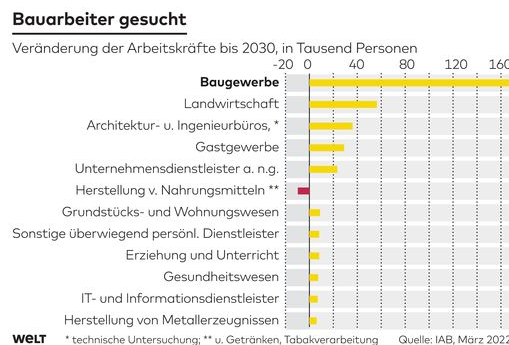
reformieren wolle, sei deshalb richtig und wichtig. Denn Helfer seien nötig, um die gesamte Wertschöpfungskette für Bautätigkeiten in Deutschland zu sichern.

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag angekündigt, auch die legalen Zuwanderungswege für unqualifizierte Arbeitsmigranten auszubauen. Vorbild ist die Westbalkan-Regelung, die seit 2016 erlaubt, dass auch Zuwanderer ohne Berufs- oder Bildungsabschluss nach Deutschland kommen können, wenn sie hier ein konkretes Jobangebot haben. Die Westbalkanregel gilt für Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien. Allerdings monieren die Arbeitgeber, dass diese Regel in der Praxis daran kranke, dass die Visumsgewährung zu langwierig sei. Die Bundesregierung hat bereits zugesichert, hier Abhilfe zu schaffen. Auch soll die Sonderregelung, die nach derzeitiger Gesetzeslage Ende 2023 ausläuft, verlängert werden.

Das Gros der Arbeitsmigranten stammte in den vergangenen Jahren aus anderen EU-Staaten. Allerdings ist der demografische Wandel auch dort voll im Gang, sodass sich die Wirtschaft darauf einstellt, in den kommenden Jahren verstärkt Zuwanderer aus Drittstaaten einzustellen. Die deutschen Regelungen für qualifizierte Arbeitsmigranten sind schon jetzt im internationalen Vergleich liberal. Doch die im Ausland geringe Popularität der deutschen Sprache, aber auch die - nicht nur von der Bauwirtschaft beklagten - hohen Hürden bei der Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse haben zur Folge, dass der Anteil der Drittstaatler an den Arbeitsmigranten noch gering ist. Die Ampel-Koalition will jedoch auch diesen Weg der Zuwanderung weiter erleichtern, damit Deutschland im weltweiten Wettbewerb um Talente attraktiver wird.

Die Bauwirtschaft setzt zudem große Hoffnung auf ein neues Instrument. So hat die Bundesagentur für Arbeit damit angefangen, mit ausgewählten Ländern in Afrika, Asien, Osteuropa und Lateinamerika Ausbildungspartnerschaften zu vereinbaren. Bei diesem Ansatz werden junge Menschen nach Deutschland geholt, um hier eine duale Berufsausbildung zu absolvieren, mit der Option, dann hierzubleiben.

Dorothea Siemens




Quelle:	DIE WELT, 19.04.2022, Nr. 75, S. 9
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	201225280

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_44584f46bc3b474cf2f18240d573ac61e92afe30

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH